

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: 18 Schilling

RUB Bochum

Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.

520 691

5. 1980, Sonder-
nummer

DOKUMENTE DER
AUSSERORDENTLICHEN NATIONALEN
DELEGIERTENKONFERENZ
DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES ÖSTERREICHS
AM 5. MÄRZ 1980

ERKLÄRUNG DER AUSSERORDENTLICHEN
NATIONALEN DELEGIERTENKONFERENZ DES
KB ÖSTERREICHS.....SEITE 3

POLITISCHES DOKUMENT DER AUSSERORDENT-
LICHEN NATIONALEN DELEGIERTENKONFERENZ
DES KB ÖSTERREICHS.....SEITE 5

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN STATUT-
ÄNDERUNGEN.....SEITE 20

SONDERNUMMER
MÄRZ 1980
5. JHG.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger,
Vervielfältiger: Kommunistischer Bund
Österreichs. Für den Inhalt verant-
wortlich: Gustav Freudmann. Alle:
1050 Wien, Kleine Neugasse 11/18

VORBEMERKUNG DER REDAKTION

Liebe Leser,

Der "Kommunist" erscheint diesmal in etwas ungewohnter Form. Die Ereignisse, die in letzter Zeit in unserer Organisation stattfanden, sind, wie Sie sehen, auch an ihm nicht spurlos vorübergegangen.

Wenn es den revisionistischen und liquidatorischen Kräften auch nicht gelungen ist, die Macht in unserer gesamten Organisation zu übernehmen, so konnten sie nichtsdestotrotz den gesamten zentralen technischen Apparat usurpieren.

Wir werden uns selbstverständlich dadurch nicht davon abhalten lassen, weiterhin den "Kommunist" herauszubringen und auch dafür sorgen, daß ein entsprechender zentraler technischer Apparat möglichst bald wieder zur Verfügung steht.

Bis zu diesem Zeitpunkt wird aber der "Kommunist" in der vereinfachten Form erscheinen, wie die Ausgabe, die Sie jetzt in Händen halten.

Gleichzeitig ersuchen wir alle, die die revolutionäre Arbeit des KB Österreichs unterstützen und alle unsere Leser, die Organisation in ihren Bemühungen beim Aufbau eines schlagkräftigen und modernen technischen Apparates nach Kräften zu unterstützen. Jede finanzielle oder Sachspende für diesen Zweck ist uns willkommen.

Überweisungen bitten wir Sie, auf das
Konto: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentralkomitee,
PSK 7 257 502
vorzunehmen.

Die Redaktion

Bibliothek des Ruhrgebiets



30227232

VORWORT

Wir legen hiermit die Dokumente der außerordentlichen nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs am 5.3.1980 vor. Mit dieser außerordentlichen nationalen Delegiertenkonferenz haben sich die revolutionären Kräfte des Kommunistischen Bundes Österreichs, die den organisatorischen Bruch mit dem Revisionismus vollziehen wollten, zusammengeschlossen, um dadurch Voraussetzungen dafür zu schaffen, den KB Österreichs neu aufzubauen. Dieser Schritt war die Folge der politischen Spaltung der Organisation durch den Revisionismus.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechenschaftsbericht der ZK-Fraktion der Rechten und Zentristen bezieht sich auf die zweite Fassung eines Entwurfs dieses Rechenschaftsberichtes, die damals vorlag. Inzwischen wurde eine unter dem Druck der Entwicklungen seither neuerlich beträchtlich umgeschriebene Fassung zum Beschluß erhoben und veröffentlicht, die sich - was den angebotenen "Ausweg aus der Krise" betrifft - nicht vom zweiten Entwurf unterscheidet, in anderer Hinsicht aber mit aller Kraft bemüht ist, sich als äußerst "revolutionäres" und "prinzipienfestes" Dokument zu präsentieren.

ERKLÄRUNG DER A.O.NDK DES KB ÖSTERREICHS (5. MÄRZ 1980)

Im Jahr 1979 hat der Revisionismus in unserer Organisation um sich gegriffen und zur Zersetzung und politischen Spaltung der Organisation geführt. Das ZK ist an der Spitze dieser Entwicklung gestanden. Revisionismus und Liquidatorentum haben den Zusammenbruch der revolutionären Politik herbeigeführt. Dadurch ist eine Situation entstanden, in der auch die Fehler der Vergangenheit nicht mehr von der Organisation analysiert und korrigiert werden können. Der Revisionismus ist die Grundlage der Krise, in die der KB Österreichs geraten ist. Im Lauf des Jahres 1979 hat der Revisionismus die Macht in der Ortsgruppe Wien ergriffen und die Ortsgruppe faktisch vom KB abgespalten. Die Ortsgruppe Wien stand nicht mehr auf dem Boden von Programm und Statut. Seit Sommer und Herbst ist der Widerstand gegen Revisionismus und Liquidatorentum stärker geworden. In unmittelbarer Folge hat sich im ZK eine zentristische Strömung herausgebildet. Gegenüber der ständig wachsenden Kritik an Revisionismus und Liquidatorentum hat der Zentrismus im ZK, der seinem Wesen nach selbst eine Spielart des Revisionismus ist, das Treiben der Rechten zuerst beschönigt, die Rechten dann gedeckt und sie in Schutz genommen und sich schließlich mit ihnen zum gemeinsamen Kampf gegen die Revolutionäre unter der Fahne der "Einheit" zusammengeschlossen.

In dieser Situation wurde die Spaltung der OG Wien unvermeidlich. Die auf dem Boden von Programm und Statut stehenden Kräfte, die den Bruch mit dem Revisionismus vollziehen wollten, haben sich am 21.2.1980 zur neuen Ortsgruppe Wien zusammengeschlossen. Die Spaltung der alten Ortsgruppe Wien war die Konsequenz der 1979 erfolgten politischen Abspaltung der Ortsgruppe Wien von Programm und Statut. Als sich am 24.2.1980 die Rechten und Zentristen im ZK zu einem Block zusammenschlossen, der neuen Ortsgruppe Wien den Krieg erklärten (nachdem sie am 16.2. erklärt hatten, keinerlei Maßnahmen gegen die Rechten zu unternehmen) und die Macht in der Zentrale usurpierten, kam es zur Spaltung des ZK in den Block der Rechten und Zentristen einerseits und die auf dem Boden von Programm und Statut stehenden revolutionären Kräfte andererseits. Damit wurde die Spaltung der Organisation im nationalen Maßstab unumgänglich. Die rechte ZK-Fraktion bereitet eine "Nationale Delegiertenkonferenz" vor, der ein rechter Rechenschaftsbericht vorgelegt wird. An dieser sollen reihenweise bürgerliche Kräfte, die Programm und Statut ablehnen und bekämpfen, vertreten sein, während auf dem Boden von Programm und Statut stehende Kräfte ausgeschlossen sein sollen. Angesichts dessen ergab sich die dringende Notwendigkeit, unverzüglich eine NDK der auf dem Boden von Programm und Statut stehenden und zum Bruch mit dem Revisionismus entschlossenen Genossen einzuberufen. Die Reorganisation des KB Österreichs als revolutionäre Organisation soll Bedingungen schaffen für die Wiederaufnahme bzw. Fortsetzung der Arbeit in Richtung Aufbau einer neuen kommunistischen Partei in Österreich. In einiger Zeit, wenn die bisherige politische Entwicklung des KB Österreichs gründlich analysiert, mit dem Revisionismus abgerechnet, verschiedene Fehler der Vergangenheit korrigiert, die

Aufgaben für den weiteren Kampf um den Aufbau der Partei näher umrissen und Fortschritte in der Reorganisierung der praktischen Arbeit erzielt sein werden, wird die 2.o.NDK des KB Österreichs einberufen. Durch die mit dieser a.o.NDK erfolgte neue Zusammenfassung eines großen Teils der revolutionären Kräfte des KB Österreichs soll die allgemeine Zersetzung, Zerspaltung und Zersplitterung beseitigt und die revolutionäre Arbeit und Tradition des KB Österreichs fortgesetzt werden.

Die a.o.NDK hat ein Dokument über die Entwicklung des KB Österreichs und die gegenwärtige Lage in der Organisation sowie die Beweggründe für diesen Schritt verabschiedet. Sie hat einige notwendige Statutenänderungen beschlossen und ein neues ZK gewählt. Als Zeitpunkt für die 2.o.NDK wurde der Juni 1980 festgelegt.

Der KB Österreichs wird das Zentralorgan "Klassenkampf" weiter herausgeben.

Wir rufen alle Genossen, die auf dem Boden von Programm und Statut arbeiten wollen, sich aber noch nicht von den Rechten und Zentrismen getrennt haben, dazu auf, den Sumpf des Revisionismus zu verlassen und sich uns anzuschließen.

POLITISCHES DOKUMENT DER A.O.NDK VOM 5. MÄRZ 1980

I. ZU DEN AUFGABEN DES KB ÖSTERREICHS UND DEREN REVISIONISTISCHEN VERFÄLSCHUNGEN

Die Aufgaben der Kommunisten sind in unserem Programm festgelegt: Man kann diese Aufgaben in der gegenwärtigen Situation zusammenfassen als die Aufgabe, eine neue kommunistische Partei der Arbeiterklasse in Österreich aufzubauen. Die Klassenkampfsituation, in der wir diese Aufgaben wahrzunehmen haben, ist gekennzeichnet durch Verschärfung der Widersprüche in der Welt und in der österreichischen kapitalistischen Gesellschaft, durch die zunehmende Anspannung des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie und dadurch, daß es zwar beträchtlichen Gegendruck und einige Kampftätigkeit der Arbeiterklasse gegen die Steigerung der Ausbeutung und von Teilen des Volkes gegen die Politik des bürgerlichen Staates gibt, der Klassenkampf jedoch nicht mit der Anspannung des Klassengegensatzes Schritt hält. Es existieren Elemente und Faktoren für einen Aufschwung des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung, jedoch fehlt vor allem der subjektive Faktor, um aus der Möglichkeit Wirklichkeit zu machen.

Trotz der geringen Entfaltung des Klassenkampfes und der Schwäche der Arbeiterbewegung hat sich jedoch die Klassenkampfsituation seit Ende der 60er Jahre/ Anfang der 70er Jahre grundlegend geändert. War die Periode von 1950 bis ca. 1970 durch einen Niedergang der Arbeiterbewegung gekennzeichnet, so hat seit damals eine neue Periode der Sammlung und Neugruppierung der Kräfte begonnen. Das wichtigste Element dieser Sammlung und Neugruppierung der Kräfte ist der Aufbau einer neuen kommunistischen Partei.

Seit unserer Gründung haben wir den Parteaufbau als unsere Hauptaufgabe angesehen. Wir haben jedoch seit 1976 dabei nicht die möglichen Fortschritte erzielt und sind in diesem Sinn "gescheitert", d.h. wir haben unsere Ziele nicht erreicht. Wenn wir auch unsere Ziele nicht erreicht haben, haben wir doch wichtige positive und negative Erfahrungen gesammelt. Fehler und Mängel in der ideologischen und politischen Linie sind uns bewußt geworden. Wir haben auch erlebt, was es bedeutet, den ideologischen Aufbau, die Aneignung des Marxismus-Leninismus, den beharrlichen Kampf um die Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der konkreten revolutionären Arbeit, den Kampf gegen, und die Wachsamkeit gegenüber Reformismus und Revisionismus zu vernachlässigen. Wir haben das Umsichgreifen und den Machtantritt des Revisionismus erlebt. Wir haben wichtige Erfahrungen mit dem Zentrismus gesammelt. In einem gewissen Sinn müssen wir heute neu beginnen. Wir können die bisherige Praxis nicht einfach fortsetzen, sondern müssen unsere Politik umfassend überprüfen und die Fehler korrigieren. Aber wir haben heute ganz andere Voraussetzungen für den Kampf um den Aufbau der Partei als 1976.

Was sind die Gründe für unser "Scheitern" im Parteaufbau? Die Antwort der rechten ZK-Fraktion ist einfach, wenn sie auch über Dutzende Seiten ausgewälzt wird: Unsere "Parteaufbaukonzeption" war falsch, weil wir die Partei getrennt von der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung aufbauen wollten. Das haben auch die offenen Rechten bereits vor einigen Monaten gesagt. Bloß haben diese den Schluß

gezogen, vorerst vom Parteaufbau, der nur Produkt der spontanen Arbeiterbewegung sein könnte, die aber heute darniederliege, Abstand zu nehmen, während die rechte ZK-Fraktion daraus den Schluß zieht, unsere "Parteaufbaukonzeption" zu ändern. Und warum war die "Parteaufbaukonzeption" falsch? Wegen dem "Vorherrschen", jedenfalls dem Wirken eines nebulösen "Kleinbürgerlichen Elements".

Wir sind dagegen der Auffassung, daß

1. unsere im Programm festgelegte "Parteaufbaukonzeption", das heißt vor allem die Auffassungen über die Beziehungen zwischen Partei und Klasse und über die Aufgaben der Kommunisten, richtig ist, wir allerdings in der Praxis abgewichen sind.
2. die "neue Parteaufbaukonzeption" der rechten ZK-Fraktion eine Abwendung von unserem Programm, den dortigen Festlegungen zur Rolle und zu den Aufgaben der Partei bedenkt und auf revisionistische Nachtrabpolitik hinausläuft;
3. man keineswegs die Krise des KB oder auch bloß die Anbahnung der Krise in den Jahren 1976 bis 1978 auf eine "falsche Parteaufbaukonzeption" zurückführen kann, wie man auch unser "Scheitern im Zellaufbau" nicht (wie dies bei der "Zellaufbaukonferenz" im Dezember 1978 "geschah") auf eine falsche "Zellaufbaukonzeption" zurückführen kann, sondern
4. auf eine Reihe von Fehlern und Mängeln in der ideologischen und politischen Linie, auf in vielen Fragen falsche Politik, auf Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und von den revolutionären Zielen unserer Politik, wobei alle diese Fehler und Abweichungen darunter vor allem auch die in Fragen "Parteaufbaukonzept", einen ganz bestimmten politischen Charakter tragen, nämlich, revisionistische Abweichungen vom Marxismus-Leninismus zu sein, sei es in Gestalt eines offenen Rechtsopportunismus, sei es in Gestalt eines "links" auftretenden Spontaneismus, sei es wie auch immer. Und daß in diesen Fehlern der Einfluß der Bourgeoisie, nicht bloß das Wirken eines "kleinbürgerlichen Elements" zum Ausdruck kommt.

Der Rechenschaftsbericht der rechten ZK-Fraktion löst alle konkreten politischen Fehler von vornherein auf in die angeblich "falsche Parteaufbaukonzeption" und läßt sie dadurch verschwinden. Nichts mehr findet man darin von den wirklichen politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre und Monate. Alles löst sich auf im Nebel des "Ringens der Elemente", des kleinbürgerlichen mit dem proletarischen. Was es immer an innerorganisatorischen Kämpfen und Differenzen gegeben haben mag, über die Gewerkschaftslinie, über unsere Politik gegenüber demokratischen Bewegungen, über die Klassenanalyse, über die Beurteilung der Klassenkampfsituation in Österreich, über die Einheitsfrontpolitik, über den Kampf um die nationale Unabhängigkeit Österreichs, über die internationale Lage, über die Kampuchea-Arbeit, über Fragen der Entwicklung in China und die des Sozialismus usw. - alles ist verschwunden. Dies hat den Vorteil, den Revisionismus vertuschen zu können, ihn daher nicht bekämpfen zu müssen und den unvermeidlichen Kampf zweier Linien als spalterisch darstellen zu können. Weiters brauchen keine klaren Aussagen gemacht zu werden, was an der bisherigen ideologischen und politischen Linie des KB Österreichs für falsch gehalten wird - außer der mangelnden Orientierung auf die Arbeiterbewegung, den Umtrieben des "kleinbürgerlichen Elements". Das ist günstig für das Fischen im Trüben und die Bildung eines Blockes der Rechten und Zentristen. Schließlich wird die Krise unserer bisherigen Parteaufbaukonzeption in die Schuhe

geschoben, um umso leichter eine "neue Parteaufbaukonzeption" einschmuggeln zu können. Diese "neue Parteaufbaukonzeption" ist eine revisionistische Konzeption. Zugleich wird so dem Revisionismus, der wirklichen Wurzel der Krise, die Absolution erteilt, denn was es nicht gibt, kann nicht schuld an der Krise sein.

Die in unserem Programm festgelegte "Parteaufbaukonzeption" besagt, daß der Parteaufbau in der Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung besteht. Der Parteaufbau besteht nicht im "Studium des Marxismus-Leninismus" und auch nicht in der "Orientierung auf die Arbeiterklasse oder -bewegung". Er besteht in der Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung. Diese Parteaufbaukonzeption ist richtig. In der Praxis sind wir von ihr nach beiden Seiten hin abgewichen. Nach beiden Seiten hin sind auch die Gründe für das "Scheitern" zu suchen.

Wir haben einerseits uns den Marxismus-Leninismus von allem Anfang an nicht entsprechend angeeignet, ihn nicht ausreichend und vor allem nicht richtig studiert, die theoretischen Aufgaben, die theoretischen Probleme der Revolution in Österreich unterschätzt, die marxistisch-leninistische Untersuchung der Realität vernachlässigt, nahezu keinen Kampf gegen Reformismus und Revisionismus geführt und den ideologischen Aufbau der Organisation in jeder Hinsicht (von der Schulung bis zum öffentlichen Kampf gegen den Revisionismus) vernachlässigt u.a.m. Diese Abweichungen kann man nicht mit "Jugend der Organisation" oder "ideologischer Sorglosigkeit" erklären. Zugrunde liegen ihnen politische Fehler, Spontaneismus, mangelhafter Bruch mit dem modernen Revisionismus, usw. Diese Fehler und die mangelnde "Meisterung" des Marxismus-Leninismus können nicht durch "Orientierung auf die Arbeiterklasse", "Hinwendung zur Arbeiterbewegung" behoben werden. Vielmehr handelt es sich um die Notwendigkeit der "Hinwendung" zum Marxismus-Leninismus und zur Revolution, zur revolutionären Orientierung unserer Politik, zur revolutionären Arbeit. Den Revisionismus, den es im KB Österreichs gegeben hat und gibt, mit der Arbeiterbewegung zu verbinden, kann uns jedenfalls kein Anliegen sein.

Andererseits hat es tatsächlich schwere Abweichungen von der Festlegung des Programms gegeben, daß die Kommunisten Teil der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung sind. Daß es bei uns sozial nicht so war, hat begünstigt (begünstigt, nicht zwingend verursacht!), daß es auch politisch nicht so war. In vieler Hinsicht haben wir anders gehandelt, sei es daß vom Standpunkt irgendwelcher kleinbürgerlicher Bewegungen aus gehandelt wurde, sei es daß der Aufbau des KB vom Klassenkampf abgetrennt wurde. Diese Fehler, Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und vom Programm, werden von der rechten ZK-Fraktion dazu ausgenutzt, um die "Hinwendung zur Arbeiterbewegung" zum obersten Leitsatz unserer Politik zu machen und dahinter die Orientierung auf die Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung verschwinden zu lassen. Revolutionäre proletarische Politik wird durch arbeitertümelnde trade-unionistische Nachtrabpolitik ersetzt - verdeckt durch Gejammer und Gepolter über das "kleinbürgerliche Element".

Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung bedeutet Aufbau eines revolutionären Flügels in der Arbeiterbewegung. Aber wie? Durch den Aufbau einer Partei leninschen Typs! Es ist kein Zufall, daß der zentristische Rechenschaftsbericht eine der Hauptfragen der Auseinandersetzungen des letzten Jahres, Partei leninschen Typs ja oder nein?, so behandelt, daß er darüber schweigt - und zugleich seine "neue Parteaufbaukonzeption" vorschlägt.

Es hat in den letzten Jahren in der Politik des KB Abweichungen von der im Programm festgelegten "Parteiaufbaukonzeption" gegeben, z.B. in Gestalt der "Parteiaufbau-Pläne". Zugleich ist es zu offen rechten Angriffen darauf gekommen: Der Aufbau einer Partei lenin'schen Typs sei nicht unsere Orientierung ("Welche Partei brauchen wir?"), der Partiaufbau sei überhaupt keine aktuelle Aufgabe, da der spontane Klassenkampf nicht so weit entwickelt sei, die Partei entstünde aus der Arbeiterschaft heraus und "von unten". Der Rechenschaftsbericht der rechten ZK-Fraktion tritt für trade-unionistische Nachtrabpolitik ein und präsentiert daher nur eine verdecktere Variante dieser bereits im Herbst 1979 offen ausgesprochenen Theorie.

Die genannten Fehler und Abweichungen gehen stets Hand in Hand bzw. stellen sich dar als konkrete Fehler und Abweichungen in den verschiedenen Fragen der Politik. Die praktische Revision der im Programm festgelegten Partiaufbaukonzeption durch die Organisation, v.a. das ZK, und erst recht der offene Angriff der Rechten darauf und dessen zentristischer Zwillingsbruder (in Gestalt des Rechenschaftsberichtes der rechten ZK-Fraktion) ging und geht Hand in Hand mit konkreten Fehlern und Abweichungen in der ideologischen und politischen Linie und in der praktischen Politik.

Dabei haben stets rechtsopportunistische revisionistische Abweichungen eine entscheidende, wenn auch meistens nicht die alleinige Rolle gespielt.

Was den internationalen Klassenkampf betrifft, hat es seit jeher eine offen rechte Strömung gegeben, die den gesamten internationalen Klassenkampf auf den Kampf "der Menschheit" gegen den Sozialimperialismus einschränken wollte. Dementsprechend wollte sie auch in Österreich den inneren Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie hinter dem Widerspruch zwischen der österreichischen Nation und dem Sozialimperialismus verschwinden lassen und predigte sie Zusammenarbeit von Bourgeoisie und Proletariat im Kampf um die nationale Unabhängigkeit. In der Praxis wollte sie sich dabei vor allem auf die Bourgeoisie, auf "höhere Kreise", stützen, deren Verhalten im Unterschied zum Proletariat "wirkliches Gewicht" habe. Diese revisionistische Strömung hat in dieser allgemeinen und offenen Form nie mehr als eine Minderheit der Organisation ergriffen. Anders jedoch war es in praktischen Fragen des internationalen Klassenkampfes, sei es die Kampuchea-Arbeit, sei es die China-Freundschaftsarbeit, sei es die Osteuropa-Arbeit, wo solche bürgerliche Standpunkte sehr handfest zum Tragen gekommen sind. In letzter Zeit ist diese Strömung erstmals wieder seit 1976 offen hervorgetreten. Der proletarische Internationalismus ist immer mehr ausgehöhlt worden und verschwunden, insbesondere die Unterstützung des Kampfes der "fernliegenden" Dritten Welt.

Zu derselben Zeit, in die das Umsichgreifen von Revisionismus, Chauvinismus, Liquidatorentum auf dem Gebiet des internationalen Klassenkampfes fällt, mußten einige "linke" Fehler der 1.o.NDK korrigiert werden. Diese Korrektur wurde nur oberflächlich betrieben, bisher noch nicht abgeschlossen und muß weitergeführt werden. Jedoch ist es im Zusammenhang mit dieser Korrektur - umgekehrt auch seitens des ZK selbst und im Zentralorgan - zu rechten Fehlern gekommen, die in Richtung der oben genannten revisionistischen und chauvinistischen Strömung gegangen sind. Das ZK hat es verabsäumt, die notwendigen Korrekturen der "linken" Fehler fundiert und konsequent durchzuführen, einen Kampf gegen die rechten Abweichungen zu führen, und die offen revisionistisch und chauvinistische Strömung theoretisch und

praktisch zu schlagen.

Besonders umstritten war in den letzten Monaten die vom 8. ZK-Plenum zu einem Arbeitsschwerpunkt erklärte Kampuchea-Arbeit. Einige haben die Auffassung vertreten, die Unterstützung des bewaffneten Volkskrieges des kampucheanischen Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas sei "sektiererisch". Unterstützung nur gegen den Hunger und nur aus "lauteren humanitären Motiven", Unterstützung, wenn schon dann nur für die Khmer serei oder die Siha-noukleute, jedenfalls nicht für die Kommunistische Partei Kampucheas, und das alles unter dem Deckmantel der Unterstützung der "Einheitsfront" bei gleichzeitiger Bekämpfung der wirklichen Einheitsfront des Volkes, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas aufgebaut wird, Orientierung dementsprechend auf "höhere Kreise" statt Sich-Stützen auf die Volksmassen in Österreich und eine dementsprechende "Einheitsfrontpolitik" mit diesem oder jenem bürgerlichen Individuum - das wurde nur von einer Minderheit derart offen vertreten. Aber dieser Minderheit ist es immerhin gelungen, unter Ausnutzung des ideologischen und politischen Zustandes der Organisation die Kampuchea-Arbeit der Organisation zu sabotieren.

Das Ausspielen der Unterstützung, sei es des afghanischen Volkes, sei es der osteuropäischen Völker oder des "Aufbaus einer Friedensbewegung" gegen die Unterstützung des kampucheanischen Volkes, unter welchen Titeln auch immer, ist auch nur eine Variante der "Anpassung" an die durch die Hetze der Monopolbourgeoisie gegen die kampucheanische Revolution und den Chauvinismus geschaffenen Verhältnisse.

Was die Beurteilung der inneren Klassenkampfsituation in Österreich betrifft, haben die Rechten diese durch Ruhe, Stabilität, Wohlstand soziale Sicherheit, Entspannung der Widersprüche, Klassenfrieden usw. gekennzeichnet betrachtet und sind gegen unsere "Prophezeiungen von Krise, Arbeitslosigkeit und Verelendung" aufgetreten. Beschönigung des Kapitalismus auf der gesamten Linie, Abwendung von der Arbeiterklasse, vor allem aber Abwendung von der Revolution - das "zeigt" der Rechenschaftsbericht der rechten ZK-Fraktion in seiner Kritik an den offenen Rechten - war und ist der Inhalt dieser rechten Strömung. Seitens des ZK wurde der Zersetzung der Einschätzungen der Klassenkampfsituation der 1. ordentlichen nationalen Delegiertenkonferenz zugeschaut und diesen offen rechten Anschauungen nicht entgegengetreten. Vor allem wurde nicht an der positiven Analyse der Klassenkampfsituation gearbeitet, so daß die revolutionären Kräfte in eine schwierige Lage kamen, wenn es darum ging, die richtigen Auffassungen (Steigerung der Ausbeutung, Verschlechterung der sozialen Lage der Massen, Wirksamkeit der Tendenz zur absoluten Verelendung, Anspannung des Klassengegensatzes, Anhalten der Klassenkampftätigkeit bzw. des Gegendruckes der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse, Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk...) gegen den Revisionismus zu verteidigen.

In den Jahren 1978 und 1979 kam es in der Praxis zur zunehmenden Revision der marxistisch-leninistischen Auffassung, daß die Arbeiterklasse die einzig revolutionäre Klasse ist, zur zunehmenden Abwendung von der Arbeiterklasse und statt dessen zur Hinwendung zu kleinbürgerlichen Schichten und Bewegungen. Auch hierbei war die Abwendung von der Revolution die Grundlage. Das ZK stand an der Spitze dieser Entwicklung und schaffte in Gestalt der "Taktischen Resolution" (Jänner 1979) dafür eine ideologische und politische Grundlage.

Zugleich wurde die zunehmende Abwendung von der revolutionären Orientierung auch insofern praktiziert und zugleich damit gerechtfertigt, daß eine opportunistische "Einheitsfrontpolitik" vorangetrieben wurde. So rechtsopportunistisch konnten diese Bestrebungen gar nicht sein, daß sie nicht die "Taktische Resolution" als ihren geistigen Vater betrachtet hätten. Das wirft ein deutlicheres Licht auf dieses Dokument als dieser oder jener "revolutionäre" Satz, den man darin findet.

In der Gewerkschaftsarbeit dominierte die ganze Zeit hindurch eine trade-unionistische Linie, die vor allem gekennzeichnet war durch eine "konsequente" Nachtrabpolitik gegenüber der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Diese rechte Nachtrabpolitik hatte ihr "linkes" Pendant, in dem die "Abgrenzung" von der Sozialdemokratie bestehen sollte, in starken RGO-Tendenzen z.B. die Gewerkschaftsführer nicht als Gewerkschaftsführer, sondern als Bourgeois oder als "Bonzen" anzugreifen, oder die Gewerkschaft faktisch nur als bürokratischen Apparat zu behandeln.

In den politischen Bewegungen gegen den bürgerlichen Staat hat die revolutionär-demokratische Orientierung unseres Programms immer weniger Rolle gespielt, dafür ist ein immer offener Reformismus und kleinbürgerlicher Demokratismus der seine Höhepunkte wohl im Winter 1979/80 in den Bewegungen gegen die kommenden Tariferhöhungen und gegen die NDP-Versammlungen fand.

Es gab übrigens immer zwei Hand in Hand arbeitende Methoden zur Liquidierung revolutionärer Politik: Liquidierung der Politik überhaupt und Produzierung bürgerlicher Politik.

Mit der zunehmenden revisionistischen Versandung der Organisation ist ihre Politik, soweit nicht zusammengebrochen, in einzelne Bestandteile zerfallen - Bürgerinitiativen-Opportunismus, bürgerlicher trade-Unionismus, "Friedensbewegung", "Frauenrechtlerium" und anderes mehr.

Der Rechenschaftsbericht der rechten ZK-Fraktion geht nicht zufällig auf keine dieser Fragen ein. Das ist die Methode, um die offenen Rechten zu decken, den Block der Rechten und Zentristen zusammenzuhalten und die revisionistische Politik des ZK selbst zu vertuschen. Man hätte es vor Vorliegen des Teils C des Rechenschaftsberichtes kaum für möglich gehalten, daß man die vielzitierte "inhaltliche Auseinandersetzung", die im Unterschied zu uns von den Zentristen ohnehin nur reklamiert, nicht aber geführt wird, in einem derartigen Maß umgehen kann, wie es hier im Teil C geschieht. In einer einzigen Frage tritt der Bericht gegen eine extrem kleinbürgerliche Spielart des Revisionismus auf, indem er die Auffassung gewisser Elemente, daß man sich nicht so viel mit den Proleten abgeben soll, zurückweist - aber nur, um umso leichter in allen Fragen selbst einen rechten "Ausweg aus der Krise" vorzuschlagen und eine andere Spielart des Revisionismus vertreten zu können.

Geht man der Frage nach unserem "Scheitern" im Parteaufbau nach, genügt ein Blick auf die hier genannten politischen Fehler und Abweichungen. Weder hat man es dann notwendig, alles auf die falsche "Parteaufbaukonzeption" zu schieben, noch braucht man sich ins Gebiet der Mystik, z.B. des "kleinbürgerlichen Elements", zu begeben. Vielmehr liegt sowohl den Abweichungen von unserer im Programm festgelegten "Parteaufbaukonzeption" als auch allen hier genannten politischen Fehlern und Abweichungen die "Abwendung" vom Marxismus-Leninismus und von der Revolution zugrunde. Auch die Abwendung von

der Arbeiterklasse hatte in unserer Organisation - was die Gesamtorganisation betrifft; wir reden hier nicht von einzelnen bürgerlichen Individuen, die es in unsere Organisation verschlagen hat, - als Grundlage die Abwendung von der Revolution. Da in dieser schlechten Entwicklung das ZK führend war, statt sie zu bekämpfen, erfaßte es die gesamte Organisation und führte schließlich zur revisionistischen Entartung von beträchtlichen Teilen der Organisation. Diese Entwicklung ist es auch, die dem "Scheitern" im Parteaufbau zugrundeliegt. Die genannten Fehler und Abweichungen und das zunehmende Umsichgreifen des Revisionismus haben uns daran gehindert, unseren Aufgaben im Klassenkampf gerecht zu werden. Wir haben weder den Marxismus-Leninismus "gemeistert", noch uns mit der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung verbinden können. Und ganz konkrete ideologische und politische Fehler und Abweichungen waren der Grund, nicht eine soziale "Erbsünde" oder ein mystisches Element; Fehler und Abweichungen, die bestimmten Klasseninteressen entsprechen, darum auch bestimmten sozialen Verhältnissen entsprechen, die aber nicht in diesen sozialen Verhältnissen bestehen, sondern vermittelt sind über die politische Linie.

Wenn diese Entwicklung auch mehr oder weniger die gesamte Organisation erfaßte und sich nicht von Anfang an ein revolutionäres und revisionistisches Lager gegenüberstanden, so ändert dies freilich nichts daran, daß es - wenn auch in noch so unentwickelter Form - Kampf zweier Linien gegeben hat, d.h. daß sich Marxismus und Revisionismus gegenübergestanden sind. Daß die gesamte Organisation ihre Aufgaben nicht bewältigt hat, ist nur die halbe Wahrheit. Und diese halbe Wahrheit verwandelt sich in ein 100%iges Vertuschungsgeschwätz, wenn man - wie es die rechte ZK-Fraktion in ihrem Rechenschaftsbericht macht - überhaupt vom Kampf zweier Linien absieht.

II. DIE ENTWICKLUNG DES LINIENKAMPFES IN DER ORGANISATION

Wir müssen die Entwicklung der Organisation an der Erfüllung ihrer Aufgaben im Klassenkampf messen. Dabei zeigt sich, daß sie diese Aufgaben nicht entsprechend erfüllt hat. Die Entwicklung der Organisation ist jedoch nicht nur die Geschichte des Widerspruchs zwischen Aufgaben und Leistungen, sondern auch des Kampfes zwischen proletarischer und bourgeoisier Ideologie, des Kampfes zweier Linien. Dieser Kampf zweier Linien ist nicht immer, vielmehr nur zu bestimmten Zeiten voll entfaltet. Jedoch heißt das nicht, daß es ihn nicht ständig gibt. Alle Fehler und Mängel der Organisation sind nicht "klassenneutral", sondern tragen stets Klassencharakter. Sie sind stets Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und Ausdruck des Einflusses der bourgeoisien Ideologie, die im Imperialismus ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung durch die Existenz der Arbeiteraristokratie, also bestochener Schichten der Arbeiterklasse nimmt, und politisch Aussöhnung mit der Bourgeoisie bedeutet, also Revisionismus. Das heute vielbeschworene "Scheitern im Parteaufbau" ist nicht einfach ein Scheitern, sondern es hat politische Ursachen, Abweichungen vom Marxismus-Leninismus. Man kann die Entwicklung der Organisation nicht nur als Geschichte des Kampfes zweier Linien darstellen und von den Aufgaben der Organisation und deren Erfüllung absehen. Der Zweck der Organisation besteht ja nicht im Kampf zweier Linien. Man kann aber die Entwicklung der Organisation auch nicht so darstellen, daß man nur untersucht, ob sie den ihr gestellten Aufgaben gerecht geworden ist, jedoch den Gründen dafür, warum sie ihnen nicht gerecht geworden ist, nicht auf den Grund geht, den politischen Klassencharakter dieser Gründe vertuscht, vertuscht, daß es sich um revisionistische Abweichungen vom Marxismus-Leninismus handelt hat, höchstens noch ein nebulöses "kleinbürgerliches Element" ins Spiel bringt, jedenfalls den Kampf zweier Linien, zweier politischer Linien, den Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus beiseiteläßt, oder als zweitrangige Sache behandelt. Der erste Fehler wäre ein "linker" Fehler, der zweite Fehler ist die Methode des Rechenschaftsberichts der rechten ZK-Fraktion. Der eigentliche Zweck dieser Methode besteht darin, den Kampf zweier Linien und die Entwicklung antagonistischer Widersprüche in der Organisation zu vertuschen und damit den Revisionismus zu decken bzw. für ihn Partei zu ergreifen: "Wir alle gemeinsam haben Fehler gemacht, wir alle gemeinsam sind gescheitert, wir alle gemeinsam müssen jetzt einen Ausweg suchen". Das "Brechen mit dem kleinbürgerlichen Element" anstelle des Kampfes gegen den Revisionismus dient nur dazu, den rechten Inhalt des Rechenschaftsberichtes zu verschleiern.

Tatsächlich ist die Geschichte unserer Organisation auch eine Geschichte des Kampfes zweier Linien. 1975/76 war die im Vordergrund stehende Frage die Frage: Festhalten am Zirkelwesen oder Vorwärtsgen zur nationalen Organisation. Die Strömung, die damals das Festhalten am Zirkelwesen, wenn auch natürlich in der verknäpften Form einer formell nationalen, real jedoch Zirkelorganisation, propagiert hat, ist unterlegen. Sie wurde mit der Schaffung der nationalen Organisation geschlagen. Der Kampf hat allerdings beträchtliche Verluste gekostet, aber durch die Gründung des KB wurde die Grundlage für den weiteren Kampf um den Parteaufbau geschaffen. Diese Auseinandersetzung zwischen dem Marxismus-Leninismus und Revisionismus in der Or-

ganisation. Eine andere war die rechtsoportunistische Strömung, die 1975 in mehreren Zirkeln aufkam. Sie bezog sich in Wien und Salzburg wesentlich mehr, in Graz weniger auf die Fragen des internationalen Klassenkampfes, überall bezog sie sich aber auch auf die Beurteilung der inneren Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten. Diese Strömung bekam in Graz Ende 1975 zunächst die Mehrheit der Organisation unter Kontrolle, worauf es zur Spaltung des KB Graz kam. Jedoch konnte die rechtsoportunistische Strömung gestützt auf die nationalen Kräfteverhältnisse noch vor der Gründung geschlagen und eine Wiedervereinigung auf richtiger Grundlage durchgeführt werden. Auch bei dieser Auseinandersetzung gab es natürlich eine Reihe von Verlusten. Im nationalen Maßstab wurde diese rechtsoportunistische Strömung unmittelbar nach der Gründung geschlagen. Von der Gründung bis zur 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz und auch noch im Jahr 1978 ist es zu keinen Linienauseinandersetzungen gekommen, die zu Erschütterungen in der Organisation geführt hätten. Im selben Zeitraum aber begannen sich in der Praxis der Organisation Opportunismus und dadurch bedingt Niederlagen und Stagnation auszubreiten, ohne daß notwendige Korrekturen eingeleitet und herbeigeführt wurden. In der Folge begann ab Anfang 1979, jedenfalls seit dem 4. und 5. ZK-Plenum, die offene Theoretisierung des Opportunismus und Revisionismus. Das ZK schlug einen deutlichen Rechtskurs ein. Das Jahr 1979 war ein Jahr des zunehmenden Vormarsches des Revisionismus und des zunehmenden Liquidatorentums. Revisionismus und Liquidatorentum haben zu Zersetzung und Krise der Organisation geführt. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die geringen Fortschritte im Klassenkampf und im Parteaufbau, verdeckt wurde sie durch die gleichzeitig erfolgende tatsächliche Korrektur "linker" Fehler, v.a. auf dem Gebiet des internationalen Klassenkampfes. Ab Sommer sind der Rechtskurs des ZK und die Ausbreitung des Revisionismus in der Organisation auf Kritik gestoßen. Unter dem Druck sowohl der hemmungslosen Ausbreitung des offenen Revisionismus wie auch der schrittweisen Verschärfung der Kritik daran hat sich im ZK eine zentristische Strömung herauszubilden begonnen. Sie fand ihren Ausdruck bereits im 7. ZK-Plenum, hat sich aber vor allem im Winter deutlich herausgebildet und ist aus einer Strömung zu einem festen Flügel des ZK geworden.

Zentrismus bedeutet nicht "Kraft der Mitte" oder gar selbständige Ideologie zwischen Marxismus und Revisionismus. Die verschiedenen Varianten des Zentrismus sind alle einerseits gekennzeichnet durch ihr praktisches Verhalten im Linienkampf in der Organisation. Andererseits haben sie einen spezifischen politischen und ideologischen Inhalt, der sich zwar in mancher Hinsicht vom offenen Revisionismus und vom offenen Liquidatorentum unterscheidet, aber selbst revisionistisch ist, selbst revisionistische Auffassungen zu Klassenkampf und Parteaufbau propagiert und praktiziert. Der Teil C des Rechenschaftsberichtes der rechten ZK-Fraktion unterscheidet sich z.B. von den "Thesen der Zelle Kulturgruppe", jedoch schlägt er ebenso wie diese einen rechten Ausweg der Organisation aus der Krise vor. Es ist relativ leicht, daß die Vertreter dieser beiden Wege zusammenfinden, jedoch unmöglich, daß die Revolutionäre sich einem dieser Wege anschließen können.

Ein Merkmal des Zentrismus ist, daß er sich zwar vom offenen Revisionismus abgrenzt, jedoch diesen mit allen Mitteln zu verharmlosen, zu vertuschen und zu decken sucht und dadurch praktisch den offenen Revisionismus unterstützt. Er vertritt v.a. den Gedanken, daß es zwar einzelne revisionistische Ideen oder Abirrungen gibt, nicht aber eine revisionistische Fraktion, eine feste ideologische, politische und

organisatorische Strömung, die bereits seit längerem in Teilen der Organisation die Macht hatte und zielstrebig auf die Machtergreifung in der gesamten Organisation hinarbeitete.

Daß der Revisionismus in verschiedenen Spielarten, darunter auch in Gestalt des Zentrismus auftritt, sobald sich der Linienkampf in der Organisation verschärft, ist kein Vorteil für die Revolutionäre, sondern ein Vorteil für den Revisionismus. Die Entwicklung der Ideologie und Praxis des Zentrismus im Winter 1979/80 ist bereits in der Erklärung der revolutionären ZK-Fraktion vom 28.2. (Abschnitte 3 und 4) ausführlich dokumentiert. Aus der ganzen ideologischen und praktischen Entwicklung der zentristischen Strömung im ZK wird deutlich, daß es sich dabei um die Fortsetzung des Rechtskurses des ZK aus dem Jahre 1979 und um eine Spielart des Revisionismus handelt, keinesfalls um Unentschiedenheit, Schwanken, In-der-Mitte-Stehen.

Der Zentrismus ist wesentlich gefährlicher als der offene Revisionismus, weil er sich in ein "linkes" Gewand hüllt und schwer zu durchschauen ist und auch wirklich viel zu spät durchschaut und bekämpft worden ist. Lange Zeit, noch in den letzten Monaten wurden die Zentristen für Genossen gehalten, die auf derselben Seite kämpfen wie wir, höchstens daß sie inkonsequent und schwankend wären. Der rechte Kern ihrer Auffassungen wurde lange Zeit hindurch als "Fehler" betrachtet. Erst nach der Spaltung der Ortsgruppe Wien und der Neugründung der Ortsgruppe haben sich diese als Feinde der Revolutionäre herausgestellt. Die Unterschätzung und das Schonen der zentristischen Strömung hat in der Organisation noch einmal schweren Schaden angerichtet. Dazu kommt, daß die Zentristen die Machthaber in der Organisation sind.

Die Arbeitsteilung zwischen den offen Rechten und Liquidatoren einerseits und den Zentristen andererseits ist in der Kampuchea-Frage klar zutage getreten. Während die offen Rechten die Durchführung des ZK-Beschlusses vom Dezember offen abgelehnt und sabotiert haben, und zwar nicht vielleicht unter der Hand, sondern lauthals und verbunden mit öffentlicher Hetze gegen diesen ZK-Beschluß und die Organisation überhaupt, haben die Zentristen sich jeder Maßnahme gegen diese Sabotage in den Weg gestellt und damit dieser Sabotage überhaupt erst zum Durchbruch verholfen. Die Bemühungen sind torpediert worden, indem ihm sogar organisatorische Maßnahmen gegen Leute wie P.R., R.K., R.F. und andere Saboteure und Schädlinge in der Kampuchea-Arbeit untersagt wurden. Vielleicht war es ein Fehler, daß B.O. nicht darauf bestanden hat, Ausschlußanträge gegen diese Leute im ZK abstimmen zu lassen, aber Tatsache ist, daß die bloße Erwähnung dieser Möglichkeit bereits zu einem Aufschrei der Rechten und Zentristen im ZK geführt hat und das ZK dann ja auch folgerichtig beschlossen hat, überhaupt auf Ausschlüsse und andere organisatorische Maßnahmen zu verzichten. In einer Situation, in der die Kampuchea-Arbeit auf der richtigen Linie gegen den Revisionismus durchgesetzt werden mußte und dies offensichtlich nicht mit "Überzeugung" der Feinde der kommunistischen Partei Kampuchas, des Demokratischen Kampuchea und des Volkskrieges des kampucheanischen Volkes in unseren Reihen möglich war, wurden B.O. die Hände gebunden, und damit seine ganze Tätigkeit von vornherein zu etwas gemacht, auf das die Rechten nur mit Spott und Hohn reagierten.

Die Rechtsentwicklung des Zentrismus bzw. das immer deutlichere Hervortreten des rechten Inhalts des Zentrismus widerspiegelt sich gut in der Folge der ZK-Beschlüsse vom 27.1., 16.2., 24.2.: Von der Vertuschung des Revisionismus und der bloßen Verwischung der Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn, über die Garantieerklärung des ZK für die

Revisionisten, daß sie vom ZK nichts zu befürchten hätten, bis schließlich zum offenen Angriff des ZK gegen die revolutionären Kräfte in der Organisation. Den Hintergrund für diese Entwicklung des Zentrismus und für die Bildung eines Blockes der Rechten und Zentristen bildet der zunehmende Widerstand und die zunehmende Formierung der revolutionären Kräfte vor allem der Ortsgruppe Wien und die schließliche Neugründung der Ortsgruppe. Solange sich die Revolutionäre mit ihrer wachsenden Unterdrückung abfanden und höchstens einmal mit "inhaltlicher Kritik" (ohne politische und organisatorische Konsequenzen) antworteten, konnten sich die Zentristen als Linke tarnen und sich von den offenen Revisionisten abgrenzen. Sobald jedoch die Revolutionäre eine praktische Antwort auf ihre Unterdrückung und auf die zunehmende revisionistische Entartung suchten, setzten die Zentristen ihre Möglichkeiten, darunter auch ihr "linkes" Image, dafür ein, diese Versuche zu torpedieren und niederzuschlagen, und gleichzeitig den Revisionismus zu stärken und zu ermutigen. Als die Revolutionäre schließlich eine praktische Antwort auf die Entwicklung der Ortsgruppe Wien gaben, schlossen sich die Zentristen mit den Rechten zusammen, um seither ihre Haupttätigkeit in einem wilden Kampf gegen die Revolutionäre zu erblicken.

Nimmt man die Gesamtentwicklung seit Anfang 1979, dann sieht man, daß das ZK damals zu einem rechten ZK wurde, das den Revisionismus in der Organisation nach Kräften förderte, und daß dieses rechte ZK nach einigen Komplikationen in der Anfangszeit der Entwicklung der zentristischen Strömung wieder zu sich selbst gefunden hat. Konsequenz setzt die rechte ZK-Fraktion heute den Weg des 4. und 5. ZK-Plenums fort. Der Teil C des rechten Rechenschaftsberichtes ist nur eine neue raffinierte Spielart der Taktischen Resolution des 4. ZK-Plenums. Damals war die Orientierung: "Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts", wobei unter "Bewegung" vor allem kleinbürgerliche Bewegungen verstanden wurden. Heute wird im rechten Rechenschaftsbericht die Orientierung ausgegeben: "Die Arbeiterbewegung ist alles, das Ziel ist nichts". Orientierung auf die Arbeiterbewegung ist die Leitlinie des Rechenschaftsberichtes, nicht jedoch die Orientierung auf die Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der Arbeiterbewegung. Der alte Rechtskurs ist unter Beschuß geraten und auch in Teilen der Organisation in Verruf, daher wird eine neue raffinierte Variante ausgearbeitet, die den Umstand ausnützt, daß die Revolutionäre in ihrem Kampf gegen die Rechten in der letzten Zeit zuwenig beachtet haben, daß nicht die Frage: Orientierung auf die Arbeiterklasse - ja oder nein? die wirkliche Fragestellung gegenüber dem Revisionismus ist, sondern die Frage: Orientierung auf die Revolution und auf die Arbeiterklasse als die einzige revolutionäre Klasse unserer Gesellschaft - ja oder nein?

III. DIE HEUTIGE LAGE IN DER ORGANISATION

Bereits seit einiger Zeit ist die Lage in der Organisation gekennzeichnet durch antagonistische Widersprüche zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus. Das ist eine objektive Tatsache, die sich darin zeigt, daß die Organisation bereits seit längerem, jedenfalls seit Ende 1979, in verschiedene Teile bzw. Fraktionen auseinandergefallen ist und es heftigen Kampf zwischen diesen Teilen bzw. Fraktionen gibt. Im Februar hat sich sowohl die Ortsgruppe Wien als auch das ZK offen organisatorisch gespalten. Die Tatsache antagonistischer Widersprüche besteht unabhängig davon, ob bereits alle Genossen die Lage so sehen, wie sie ist, und auch unabhängig davon, wie weit der Linienkampf auf ideologischem Gebiet bereits entfaltet ist. Daß er bisher verhältnismäßig wenig entfaltet ist - eine Folge der Unterschätzung des Revisionismus und speziell des Zentrismus durch die Revolutionäre während einer langen Zeitperiode - und daß viele Genossen die Lage noch nicht so sehen, wie sie ist, ändert nichts an den Tatsachen, sondern beeinflusst nur die Bedingungen, unter denen der Kampf gegen den Revisionismus geführt wird.

Die politische Spaltung der Organisation in antagonistische Richtungen führt dazu, daß über kurz oder lang der Zeitpunkt kommt, wo die organisatorische Spaltung unumgänglich wird. Dieser Zeitpunkt ist heute gekommen, nachdem die revisionistische Verseuchung der Organisation nicht nur soweit fortgeschritten ist, daß sie ganze Ortsgruppen in revisionistische Organisationen verwandelt hat, sondern nachdem Revisionismus auch im ZK die Macht ergriffen hat. Was die Revolutionäre für die Zeit nach einer revisionistisch dominierten nationalen Delegiertenkonferenz befürchteten, nämlich die vollständige Durchsetzung des Revisionismus, die Besetzung aller Machtpositionen durch ihn, die Unterdrückung und Säuberung der Revolutionäre - das alles ist bereits seit der ZK-Sitzung vom 24.2. in vollem Gang. Die Revolutionäre haben in dieser Situation die Wahl, sich auch organisatorisch vom Revisionismus zu trennen oder in der revisionistischen Organisation unterdrückt und aufgerieben zu werden.

Spaltung kann Spaltung von oben oder Spaltung von unten sein. Im ersten Fall (Auflösung revisionistischer Ortsgruppen und Ausschluß der Revisionisten) werden die Revisionisten von der Gesamtorganisation abgespalten, im zweiten Fall müssen sich die Revolutionäre von der Gesamtorganisation abspalten. Das ist nicht unerheblich für die Bedingungen, unter denen sich die Spaltung vollzieht. Im ersteren Fall sind sie günstiger, im zweiten Fall dagegen wesentlich ungünstiger. Der Machtantritt des Revisionismus im ZK und die Spaltung des ZK zwingen uns die Spaltung von unten auf. Daß diese Spaltung sehr schwierig zu vollziehen ist, ist kein Argument dagegen, sondern eine gegebene Tatsache. Daran ist das Gejammer der Zentristen, die sich zwar in der Praxis mit den Rechten zusammenschließen, jedoch trotzdem "an und für sich" die "Notwendigkeit der Spaltung" anerkennen, zu messen, daß man die "Handvoll Konterrevolutionäre" von der Organisation abspalten müßte. Wenn zu der "Handvoll Konterrevolutionäre" in dieser oder jener Form auch die rechte ZK-Fraktion gehört, die die Macht an sich gerissen hat, dann ist das nur hohles Geschwätz, das nur vernebeln soll, daß die Zentristen zwar stets "an und für sich", aber zu keinem Zeitpunkt konkret mit Spaltung

einverstanden sind. Genauso verhält es sich mit dem Hinweis, daß die Spaltungslinien gegenwärtig nicht richtig verlaufen etc. Wir können uns nicht aussuchen, wie die Spaltungslinien verlaufen. Eine Tatsache ist jedenfalls, daß sie sich so entwickeln, daß die Revolutionäre in letzter Zeit immer mehr eingeschnürt, unterdrückt und gesäubert werden, während der Revisionismus die Organisation immer mehr beherrscht. Wenn wir auf Spaltung verzichten würden, würden die Spaltungslinien immer ungünstiger werden. Dazu kommt, daß der "reine" Linienkampf und die "reine" Spaltung, die den Zentristen vorschwebt, überhaupt unreal ist und nichts als ein subjektivistisches und idealistisches Phantasieprodukt, dessen einziger praktischer Zweck wiederum darin besteht, die wirkliche Spaltung und die Wahl des günstigsten Zeitpunktes dafür zu hintertreiben.

In den letzten zwei, drei Wochen hat es große Veränderungen in der Organisation gegeben. Die Rechtsentwicklung des Zentrismus bzw. das deutlichere Hervortreten seines rechten revisionistischen Wesens hat sich deutlich verschärft. Der Zentrismus hat sich in Gestalt des Teils C des Rechenschaftsberichtes der rechten ZK-Fraktion ein Dokument geschaffen, in dem seine Ideologie voll ausgearbeitet, die Entwicklung der Organisation entstellt, der offene Revisionismus beschönigt und gedeckt und positiv ein rechter Ausweg aus der Krise der Organisation angeboten wird. Dementsprechend wird darin auch die rechte ZK-Tätigkeit des Jahres 1979 teils verteidigt, teils verharmlost (insbesondere in den nur im ZK verbreiteten Teilen zum 4. und 5. ZK-Plenum). Im (ebenfalls nur im ZK verbreiteten) Schlußteil wird das Bild einer Organisation gezeichnet, die man nur als Studierzirkel mit trade-unionistischen Anhängseln bezeichnen kann. Dieser Rechenschaftsbericht ist weder eine Waffe gegen den Revisionismus, noch eine Grundlage für eine "inhaltliche Debatte", sondern eine Waffe des Revisionismus gegen die revolutionäre Orientierung unserer Organisation. Im ZK und außerhalb hat sich ein fester Block von Rechten und Zentristen gebildet, die seither gemeinsam gegen die Revolutionäre vorgehen. Praktisch ist das einzige Anliegen und die einzige Tätigkeit der Zentristen seit zwei Wochen nur mehr der Kampf gegen die Revolutionäre, insbesondere gegen die neue Ortsgruppe Wien. Die "linksten" Zentristen, die uns vorwerfen, die Auseinandersetzung mit den Rechten umgehen zu wollen, sind fieberhaft und ausschließlich damit beschäftigt, in die Reihen der Revolutionäre hineinzuspalten und für die Rechten und Zentristen im ZK Handlanger- und Spitzeldienste zu leisten, während die keinen Finger gegen die Rechten rühren. Die Blockbildung von Rechten und Zentristen geht inzwischen bis zum einheitlichen Abstimmungsverhalten sowohl im ZK als auch in der revisionistischen "Ortsgruppe Wien". Die Zentristen stehen im Kampf gegen die Revolutionäre an vorderster Front, sie sind die Haupthetzer und Hauptgegner, während die offenen Rechten, die ja relativ weniger Machtpositionen haben, sich an die Zentristen anhängen. Der Block der Rechten und Zentristen im ZK hat die Macht an sich gerissen und das ZK gesäubert, ungeachtet dessen, daß er aus taktischen Überlegungen vor dem Ausschluß einer Reihe von ZK-Genossen zurückgeschreckt ist. Seit dem 24.2. wird der Machtwechsel, die Säuberung des zentralen Apparats usw. zielstrebig durchgeführt. Die neue revolutionäre Ortsgruppe Wien wurde von der rechten ZK-Fraktion aus der Organisation hinausgespalten, während die revisionistische "Ortsgruppe Wien" gefördert und aufgepöppelt wird. Das wird nach seinen beiden Seiten hin an der von der rechten ZK-Fraktion vorgesehenen Delegiertenverteilung deutlich, die die Nichtanerkennung der revolutionären Ortsgruppe Wien vorsieht, demgegenüber aber sogar irgendwelchen verbliebenen Zellenresten der revisionisti-

schen "Ortsgruppe Wien" Delegierte zugesteht. Die Arbeit der revolutionären Ortsgruppe Wien wird praktisch gestört, behindert und bekämpft. Die offensten Rechten und Liquidatoren und andere raffen sich sogar heute in Wien auf, um vor Horny Gegen-Flugblätter zu verteilen und Störtrupps für die Betriebsarbeit der Zelle Horny zu bilden.

Die Machtübernahme durch den Revisionismus in der Gesamtorganisation und der offene Angriff des Blocks der Rechten und Zentristen gegen die revolutionären Kräfte ist in vollem Gang. Was von den Rechten als Ziel der "NDK" betrachtet wurde, haben nun die Rechten und Zentristen gemeinsam bereits vor der "NDK" zustandegebracht. Und es ist ohne "inhaltliche Debatte" geschehen, wie es den Rechten immer vorschwebt ist und was viele Zentristen nicht wahrhaben wollen.

Unter diesen Umständen würde auch die von der rechten ZK-Fraktion einberufene "NDK", wenn sie stattfinden würde, einen anderen Verlauf nehmen, als dies noch vor einigen Wochen abzusehen war. Der Widerspruch zwischen "dem ZK" (der rechten ZK-Fraktion) und den Rechten ist bereits gelöst. In Wien z.B. wurde bei der revisionistischen "MV" am 24.2. das "ZK" als neuer Held im Kampf gegen den "Linksradikalismus" gefeiert. Seit längerem bereits wird G.St. in Linz als der Kandidat der Rechten aufgebaut. Ein Sturz des "ZK" ist für die Rechten nicht mehr notwendig, die Zuwahl einiger der ihren würde vollauf genügen. Weiters: Statt rechter Angriffe auf einen revolutionären Rechenschaftsbereich würde es Debatten zwischen den Rechten und Zentristen über einen rechten Rechenschaftsbericht geben. Die "NDK" müßte den Machtwechsel zugunsten des Revisionismus nicht mehr vollziehen, denn er wäre bereits vor der "NDK" vollzogen. Statt "inhaltlicher Debatte" würde es angesichts der massiven Stimmenverhältnisse zugunsten der Rechten und Zentristen Unterdrückung der Revolutionäre geben, wie es sie bei den Wiener örtlichen DKs und MVs bereits seit langem gibt. Die Rechten und Zentristen werden weisters höchstwahrscheinlich noch in der nächsten Zeit zu weiteren organisatorischen Maßnahmen gegen die Revolutionäre greifen (Ausschlüsse gegen alle, die sich ihrem Regime nicht beugen). Die revolutionäre Wiener Ortsgruppe wäre von vornherein aus der "NDK" hinausgespalten. Aufgabe dieser "NDK" wäre, den bereits vollzogenen Machtantritt des Blocks der Rechten und Zentristen zu sanktionieren und zu legalisieren. Eine illegale "NDK", auf der Kräfte, die nicht auf dem Boden von Programm und Statut stehen, reihenweise vertreten, von der jedoch Kräfte, die auf dem Boden von Programm und Statut stehen, ausgeschlossen wären, soll den Farbwechsel der Organisation absegnen. An diesen Tatsachen kann nichts, auch nicht Illusionen über dort angeblich mögliche "inhaltliche Debatte", etwas ändern. Ohnehin wirft die einfache Tatsache bereits ein bezeichnendes Licht darauf, welche Art von "Debatte" geplant ist, daß die revolutionäre Wiener Ortsgruppe faktisch davon ausgeschlossen ist.

Da positiv von dieser geplanten "NDK" nichts zu erwarten ist, dort auch inzwischen nichts mehr entschieden wird, jedoch diese "NDK" die wichtige Aufgabe hat, den Farbwechsel der Organisation abzusegnen und der Abkehr von Programm und Statut einen legalen Anspruch zu verleihen, ist es im Interesse der revolutionären Kräfte, dafür zu sorgen, daß diese "NDK" nicht stattfindet. Wir sind der Auffassung, daß als erstes der antagonistische Widerspruch zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Revisionismus in der einen oder anderen Form gelöst werden muß, bevor eine NDK, die wirklich eine NDK des KB Österreichs ist, stattfinden kann.

Wir erklären daher hiermit, daß wir nicht die rechte ZK-Fraktion unterstützen, sondern den revolutionären Teil des ZK, und daß wir uns mit allen Kräften, die auf dem Boden von Programm und Statut stehen, gegen die rechten und zentristischen Kräfte zusammenschließen und uns selbständig organisieren. Zu diesem Zweck haben wir uns als a.o.NDK des KB Österreichs versammelt. Gestützt auf die selbständige Organisation werden wir die Reorganisation des KB Österreichs betreiben, die Rechten und Zentristen bekämpfen und isolieren, alle Kräfte, die ebenfalls auf dem Boden von Programm und Statut stehen, aber noch nicht bereit sind, sich vom Revisionismus zu trennen, zusammenzuschließen. In einiger Zeit soll die 2.o.NDK des KB Österreichs stattfinden, über die bisherige Entwicklung des KB gründlich Bilanz ziehen und die notwendigen Festlegungen für den weiteren Kampf um den Aufbau der Partei zu treffen.

Die organisatorische Spaltung des KB im nationalen Maßstab ist als Folge seiner politischen Spaltung unumgänglich geworden. Wir vollziehen die Trennung vom Revisionismus jetzt, das heißt, noch vor der von der rechten ZK-Fraktion einberufenen "NDK", und stellen diesen Plänen eine a.o.NDK auf dem Boden von Programm und Statut stehenden und zum Bruch mit dem Revisionismus entschlossenen Kräften des KB Österreichs entgegen.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN STATUT-ÄNDERUNGEN

Die außerordentliche nationale Delegiertenkonferenz vom 5. März 1980 hat das Statut des KB Österreichs in einigen Punkten abgeändert. Abgesehen von zwei Punkten, verfolgen die Statutenänderungen lediglich den Zweck, die statutarisch festgelegte Struktur unserer Organisation den Bedingungen anzupassen, die gegenwärtig nach der organisatorischen Trennung von Revisionismus und Liquidatorentum vorhanden sind und die sich von den Bedingungen zur Zeit der 1.o.NDK (Anfang 1978) unterscheiden.

Allgemein ließ sich die a.o.NDK vom 5. März bei der Änderung des Statuts davon leiten, daß in absehbarer Zeit die 2.o.NDK stattfinden wird, die sich mit allen strittigen Punkten des Statuts genauestens auseinandersetzen und entsprechende Entscheidungen fällen wird.

In einer ganzen Reihe von Punkten, bei denen einiges für Änderungen des Statuts spricht, wurde daher die Entscheidung darüber bewußt der 2.o.NDK vorbehalten. Bloß in zwei Punkten, die in den vergangenen Auseinandersetzungen im KB eine nicht unbedeutende Rolle spielten, erachtete es die a.o.NDK für unerlässlich, sofort Änderungen herbeizuführen. In beiden Fällen handelt es sich um Punkte, die in der bisher geltenden Fassung mit dem demokratisch-zentralistischen Charakter unserer Organisation und damit unseres Statuts nicht, bzw. nicht vollkommen in Einklang zu bringen waren.

Nachfolgend bringen wir eine Gegenüberstellung der bis zum 5. März und der ab 6. März geltenden Punkte des Statuts, sowie in aller Kürze zum Verständnis der Änderungen nötige Erläuterungen.

Punkt 5

ALTE FASSUNG:

"Das ZK besteht aus 15 Mitgliedern und 4 Kandidaten zum ZK. Die Kandidaten haben nur beratende Stimme. Das ZK wählt aus seiner Mitte einen 6-köpfigen Ständigen Ausschuß, der zwischen den ZK-Sitzungen dessen Aufgaben wahrnimmt. Ferner wählt das ZK einen Sekretär und einen stellvertretenden Sekretär. Wenn ein Mitglied des ZK auf Dauer an der Erfüllung seiner Pflichten verhindert ist, kann das ZK aus der Reihe der Kandidaten ein Ersatzmitglied wählen."

NEUE FASSUNG:

"Das ZK besteht aus 7 Mitgliedern. Das ZK wählt aus seiner Mitte einen 3-köpfigen Ständigen Ausschuß, der zwischen den ZK-Sitzungen dessen Aufgaben wahrnimmt. Ferner wählt das ZK einen Sekretär und einen stellvertretenden Sekretär."

Die a.o.NDK hat die Anzahl der ZK-Mitglieder von 15 auf 7, die Anzahl der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZK von 6 auf 3 herabgesetzt und die ZK-Kandidaten abgeschafft. Alle drei Maßnahmen tragen vor allem der Tatsache Rechnung, daß durch die organisatorische Trennung von Revisionismus und Liquidatorentum die Größe der Organisation sich nicht unwesentlich verringert hat.

Zu den konkreten Zahlen 3 und 7 kam es dadurch, daß die Anzahl von 3 Mitgliedern die absolute Minimalstärke ist, mit der ein Ständiger Ausschuß des ZK noch arbeiten kann, während die Zahl von 7 Mitgliedern wiederum der absoluten Minimalstärke des ZK unter der Voraus-

setzung entspricht, daß das ZK nicht zahlenmäßig von seinem Ständigen Ausschuß majorisiert werden darf.

Punkt 8

ALTE FASSUNG:

"Die ZKK besteht aus 3 Mitgliedern des KB, die nicht dem ZK angehören dürfen."

NEUE FASSUNG:

"Ein Mitglied der ZKK darf nicht dem ZK angehören."

Die a.o.NDK hat die konkrete Festlegung der Größe der ZKK gestrichen. Solange dieser Punkt des Statuts die nunmehrige Fassung behält, wird die Größe der ZKK von jeder NDK konkret festgelegt werden. Auch diese Maßnahme trägt der jetzigen Größe der Organisation entsprechend Rechnung.

Punkt 7

Schiedskommission

Dieser Punkt wurde von der a.o.NDK ersatzlos gestrichen. Dementsprechende Korrekturen wurden auch in Punkt 3 vorgenommen. Die a.o.NDK hat zur Frage der Schiedskommission den Standpunkt vertreten, daß die Einrichtung eines solchen Organs dem demokratisch-zentralistischen Charakter unserer Organisation widerspricht. Insbesondere der Punkt 15 unseres Statuts, der praktisch in der letzten Zeit vor der a.o.NDK umstritten war, steht in krassem Widerspruch zur Existenz einer Schiedskommission.

Punkt 15, der die Organisationsdisziplin festlegt, unterscheidet zwischen einzelnen Mitgliedern und der Organisation, zwischen der Minderheit und der Mehrheit, zwischen unteren und oberen Leitungsorganen. Ganz klar legt er fest, daß erstere jeweils letzteren untergeordnet sind. Die Schiedskommission war von diesen Festlegungen ausgenommen. Ausgestattet mit der Macht, das ZK zur Verbreitung von Stellungnahmen, zur Stellungnahmen zu Stellungnahmen, sowie zur Einberufung von a.o.NDKs im Falle von beabsichtigten Maßnahmen nach Punkt 16 (Ausschluß, Versetzung in Kandidatenstatus, Streichung aus der Mitgliederliste) zu verpflichten, hatte die Schiedskommission zwischen den NDKs in Bezug auf ihre Rechte unumschränkte Souveränität. In allen Bereichen ihrer Tätigkeit war die Schiedskommission dem ZK und seinem Ständigen Ausschuß übergeordnet, bzw. waren letztere der Schiedskommission untergeordnet. In allen Fragen ihres Tätigkeitsbereiches war also die Schiedskommission das höchste Leitungsorgan des KB Österreichs und nicht, wie in Punkt 5 ausdrücklich festgelegt, das ZK.

Praktisch war also die Schiedskommission ein Leitungsorgan, das aber im Statut durchaus nicht als solches behandelt wurde.

Die Existenz der Schiedskommission (die von der 1.o.NDK eingeführt wurde) hat sich in der Organisation solange nicht bemerkbar gemacht, als es keine offenen Linienkämpfe gab. Als sich dies änderte und die Schiedskommission (aufgrund ihrer "zufälligen" personellen Zusammensetzung) voll und ganz für die revisionistische und liquidatorische Linie eintrat, wirkte sich dies negativ auf die Tätigkeit des ZK aus, das ja eine gewisse Zeit lang gegen offenen Re-

visionismus und gegen Liquidatorentum Stellung bezog. Die gesamte Tätigkeit der Schiedskommission zielte darauf ab, Revisionisten und Liquidatoren in Schutz zu nehmen und alle entgegengesetzten Schritte des ZK unwirksam zu machen. Vor kurzer Zeit tauchte sogar der ernsthafte Vorschlag auf, bis zur Durchführung einer a.o.NDK weit über das Statut hinaus große Bereiche der Aufgaben und Rechte des ZK an die Schiedskommission zu übertragen. Die Schiedskommission agierte unter der Fahne der "Demokratie". In Wahrheit war jedoch die Schiedskommission, den Festlegungen des Statuts entsprechend, selbst ein Organ des Zentralismus. In Wahrheit war die Schiedskommission das einzige gegenüber sämtlichen Organen und Strukturen (die NDK ausgenommen) des KB unumschränkt souveräne Organ. Die ganze Einrichtung der Schiedskommission durch die 1.o.NDK war Ergebnis eines falschen Verständnisses des demokratischen Zentralismus.

Das einzig wahrhafte Gegengewicht, das es gegenüber der zentralen Macht der Leitungsorgane, vor allem des ZK und seines StAu geben kann, ist die NDK als Mittel der demokratischen Macht der Mitglieder der Organisation. Dieser Tatsache trug bereits der Punkt 4 unseres Statuts im wesentlichen Rechnung. Aber ein zentrales Organ einzurichten, dessen Aufgabe es ist, zu verhindern, daß zentrale Organe entgegen dem Willen der Mehrheit handeln, zeugt von bürgerlichem Demokratieverständnis. Ist es so, daß die Tätigkeit der zentralen Organe dem Willen der Organisation entspricht, ist die Schiedskommission überflüssig. Ist dies nicht der Fall, kann dies ausschließlich von einer NDK geändert werden und ist die Schiedskommission ebenfalls überflüssig. Diese Überflüssigkeit wird im ersteren Fall sich durch nichts bemerkbar machen, da keinerlei Tätigkeit der Schiedskommission erfordert wird. So war es ja auch lange Zeit.

Im zweiten Fall kann es anders sein. Es hängt dann von der Gesinnung der Mitglieder der Schiedskommission, von ihrem "Gewissen" ab, letztlich also von dem zufälligen Umstand, welche Personen von einer NDK zu einem Zeitpunkt, als komplette Übereinstimmung zwischen der Mehrheit der Mitglieder und dem ZK bestand, in die Schiedskommission gewählt wurden. Stehen die Mitglieder der Schiedskommission in den strittigen Fragen auf der Seite des ZK, ist dies gleichbedeutend damit, daß sie von ihrer Macht gegen das ZK keinen Gebrauch machen, also praktisch als Organ gar nicht existieren. Ist es anders, stehen die Mitglieder der Schiedskommission in den strittigen Fragen auf der anderen Seite, führt dies nicht etwa dazu, daß mittels einer NDK die Dissonanz zwischen ZK und Organisation behoben wird, sondern führt dies ausschließlich dazu, diesen untragbaren Zustand zu verlängern, indem die Macht des ZK praktisch beschnitten wird. Selbstverständlich hat dies die Lähmung der Organisation zur Folge, da sie dann nicht mehr, wie in Punkt 15 vorgesehen, arbeiten kann.

Die Existenz der Schiedskommission ist also nicht nur zu jedem Zeitpunkt komplett überflüssig, unter gewissen Bedingungen kann sie sich für die Tätigkeit der Organisation sogar ausgesprochen schädlich auswirken. Letzteres war in letzter Zeit auch tatsächlich der Fall.

Punkt 4

ALTE FASSUNG:

"Durch Beschluß des ZK, oder wenn dies von Ortsgruppen und ZK-unmittelbaren Einheiten, die auf der letzten Delegiertenkonferenz zusammen ein Drittel der Stimmen hatten, verlangt wird, muß eine

außerordentliche Delegiertenkonferenz durchgeführt werden. Das ZK ist verpflichtet, jedem Mitglied, das eine außerordentliche Delegiertenkonferenz anstrebt, die schriftliche Verbreitung seines Antrages mit Begründung in der gesamten Organisation zu ermöglichen. Die Verbreitung obliegt dem ZK."

NEUE FASSUNG:

"Durch Beschluß des ZK, oder wenn dies von Ortgruppen und ZK-unmittelbaren Einheiten, die auf der letzten Delegiertenkonferenz zusammen ein Drittel der Stimmen hatten, verlangt wird, muß zum geforderten Zeitpunkt eine außerordentliche Delegiertenkonferenz einberufen werden. Das ZK ist verpflichtet, jedem Mitglied, daß eine außerordentliche Delegiertenkonferenz... (weiter wie oben)."

Die a.o.NDK hat den Zweck von diesem Punkt, die Erleichterung für die Organisation, gegenüber dem ZK von ihrer Macht Gebrauch zu machen, vollauf bestätigt.

Aufgrund der Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit mit der bisher geltenden Fassung dieses Punktes, hielt aber die a.o.NDK eine Präzisierung für unerlässlich.

Aufgrund unklarer Formulierung dieses Punktes war es in unserer Organisation in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen über die Durchführung dieses Punktes gekommen, die jeweils von der Warte der "Auslegung" begründet werden mußten. Durch die Präzisierung dieses Punktes werden diese Art von Streitigkeiten für die Zukunft nun ausgeschlossen. Es ist nun eindeutig festgelegt, daß die Tätigkeit des ZK in Zusammenhang mit einer NDK in der Einberufung, nicht etwa in der Durchführung oder in sonst etwas besteht. Ebenfalls eindeutig ist festgelegt, daß im Falle der Verpflichtung des ZK auf Einberufung einer a.o.NDK durch Ortsgruppen und ZK-unmittelbare Einheiten, die auf der letzten NDK über ein Drittel der Stimmen verfügten, diese a.o.NDK zum geforderten Zeitpunkt einzuberufen ist.

Was die Festlegung des Zeitpunktes betrifft, nahm die a.o.NDK den Standpunkt ein, daß diese Festlegung die jeweilige Durchführbarkeit einer a.o.NDK solange nicht in Frage stellt, als in den Auseinandersetzungen zwischen ZK und den Kräften, die das ZK verpflichten, die Methode der gegenseitigen Überzeugung anerkannt und praktiziert wird. Ist das ZK der Meinung, daß, aus welchen Gründen auch immer, die Durchführung einer a.o.NDK zum geforderten Zeitpunkt (noch) nicht möglich ist, so muß es auch imstande sein, die Kräfte, die es verpflichtet haben, davon zu überzeugen.

Ist dies jedoch, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich, hat die a.o.NDK den Standpunkt vertreten, daß die Macht in einem solchen Fall, was die Festlegung des Termins betrifft, nicht beim ZK, sondern bei den Kräften, die das ZK verpflichten, liegen muß, da jede andere Festlegung dem gesamten Zweck des Punkt 4 widerspräche.

Die unklare Festlegung des Punkt 4 hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß die Frage, ob gewisse Kräfte, die die Einberufung einer a.o.NDK forderten und die auf dieser a.o.NDK die Macht übernehmen wollten, überhaupt zu Recht in unserer Organisation sind, oder nicht durch die Frage der "Interpretation" des Statuts vollkommen überlagert und verdeckt wurde. Lange Zeit ging daher die Auseinandersetzung nicht um die Frage der Säuberung der Organisation, sondern um die Frage der "Auslegung" des Statuts. Auch dies hat gewiß zu einem Zeitverlust bei der Abrechnung mit den Kräften des Revisionismus und des Liquidatorentums geführt und dem Kampf um den revolutionären Charakter unserer Organisation geschadet.

Punkt 3

ALTE FASSUNG:

"Das höchste Organ des KB ist die Nationale Delegiertenkonferenz. Sie wird alle zwei Jahre vom ZK einberufen. Die Nationale Delegiertenkonferenz beschließt über Programm und Statut, bestimmt die politische Linie des KB, nimmt den Rechenschaftsbericht des ZK entgegen, wählt das ZK, die Schiedskommission und die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) und legt Richtlinien über die Höhe und Aufteilung der Mitgliedsbeiträge fest."

NEUE FASSUNG:

"Das höchste Organ des KB ist die Nationale Delegiertenkonferenz. Sie wird jährlich vom ZK einberufen. Die Nationale Delegiertenkonferenz beschließt über Programm und Statut, bestimmt die politische Linie des KB, nimmt den Rechenschaftsbericht des ZK entgegen, wählt das ZK und die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) und legt Richtlinien über die Höhe und Aufteilung der Mitgliedsbeiträge fest."

Neben der Streichung der Schiedskommission aus diesem Punkt (siehe Punkt 7) ging es der a.o.NDK hier vor allem um die Dauer der Periode zwischen den ordentlichen NDKs.

Bis zur 1.o.NDK im Jahre 1978 galt die Festlegung der Gründungskonferenz aus dem Jahre 1976, daß ordentliche NDKs jährlich stattfinden haben. Die Begründung für die Änderung dieser Festlegung auf der 1.o.NDK bestand darin, daß jährliche ordentliche NDKs im Widerspruch zu einem kontinuierlichen Arbeiten der Organisation stehen.

Die Erfahrungen der Zeit seit der 1.o.NDK haben jedoch gezeigt, daß beim gegebenen Entwicklungsstand unserer Organisation die Zeitspanne von 2 Jahren ohne ordentliche NDK zu lange ist.

Die a.o.NDK hat dazu den Standpunkt vertreten, daß in die schädliche Entwicklung der Organisation bereits viel früher hätte eingegriffen werden können, daß ein Großteil des entstandenen Schadens vielleicht hätte verhindert werden können, wäre die 2.o.NDK bereits im Jänner 1979 durchgeführt worden.

Es ist sicherlich vorteilhafter, eine gewisse Zeit lang jährlich ordentliche NDKs durchzuführen und so den Entscheidungen brennender Fragen rascher die Autorität einer NDK verleihen zu können, als diesen Prozeß solange hinauszuschieben, wie dies in der Zeit seit der 1.o.NDK der Fall war.

Hat sich die Organisation langfristig stabilisiert, wird dieser Punkt gewiß wieder in Richtung der bisher geltenden Festlegung geändert werden.